

Kommentare

Mutlos als Markenzeichen

Bundeskanzlerin Merkel und die schwarz-gelbe Koalition haben das Regieren praktisch eingestellt.

Von Martin Ferber

Als Oppositionspolitiker braucht man es nur besser zu wissen, in der Regierungsverantwortung muss man es besser machen. Das ist ein gewaltiger und elementarer Unterschied. Und niemand verkörpert dieses Dilemma besser als Kanzlerin Angela Merkel.

Rollenwechsel Als sie noch die Opposition im Bundestag führte, war es ein Leichtes für sie, der rot-grünen Bundesregierung Halbherzigkeit, Mutlosigkeit und Feigheit vorzuwerfen und bei den von der Regierung Schröder in Angriff genommenen Arbeitsmarktreformen auf eine deutliche Verschärfung zu drängen. Sie war ja nicht in der Verantwortung. In der öffentlichen Wahrnehmung profilierte sie sich als Reformerin. Seit Angela Merkel Bundeskanzlerin ist, will sie davon nichts mehr wissen. Nicht nur sie selber, die gesamte CDU hat die weitreichenden Beschlüsse des Leipziger Reformparteitags von der Kopfpause im Gesundheitssystem bis zur Steuerreform vergessen.

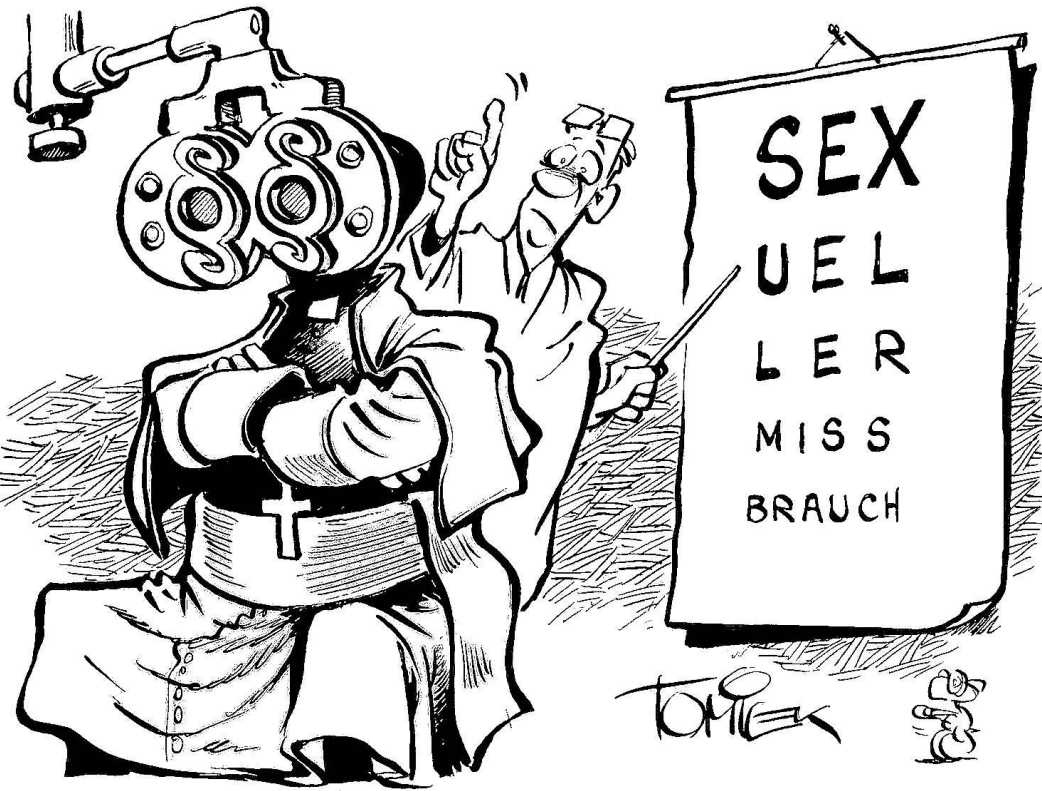
Der Koalition fehlt die tragende Basis.

Irrtümer In den vier Jahren der Großen Koalition erweckte Merkel den Eindruck, sie würde ja ganz gerne eine andere Politik machen, könne dies aber wegen des sozialdemokratischen Koalitionspartners nicht tun, sie tat so, als sei sie eine gefesselte Riesin, die nur darauf warte, vom Märchenprinzen Guido Westerwelle aus dieser Gefangenschaft befreit zu werden. Wie seit dem 27. September zu besichtigen ist – und was den vor Ehrgeiz schier berstenden Westerwelle zunehmend zur Weißglut treibt. Merkel denkt gar nicht daran, mit den Liberalen eine andere Politik zu betreiben als zuvor mit den Sozialdemokraten. Mutlosigkeit ist das Mar-

kenzeichen ihrer Regierung geworden, aus Rücksicht auf die wichtigen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai wurde die Arbeit praktisch eingestellt.

Und weil im Frühjahr nächsten Jahres schon wieder Landtagswahlen anstehen, dieses Mal gleich in drei Ländern, wird sich auch nach dem 9. Mai an diesem Zustand der Bewegungslosigkeit nur wenig ändern. Es ist nichts Neues in der 60-jährigen Geschichte der Bundesrepublik, dass eine Regierung schlecht startet oder sich die Koalitionspartner auf offener Bühne streiten. Alle Kanzler von Konrad Adenauer über Willy Brandt und Helmut Kohl bis Gerhard Schröder erlebten derartige Tiefs, keine Koalition blieb von Differenzen verschont. Alle Vorgänger Merkels hatten eine klare Vorstellung davon, was sie wollten, alle Koalitionen profitierten jenseits des tagesaktuellen Streits von einem Grundvorrat an gemeinsamen Zielen, Projekten und Vorhaben.

Machtfragen Der schwarz-gelben Regierung fehlt diese sie tragende Basis. Merkel selber wollte und will lediglich an der Macht bleiben, egal mit wem, wenn nicht mit den Liberalen dann eben mit den Grünen oder notfalls mit der SPD. Sie kann sich's im Zweifelsfall aussuchen. Guido Westerwelle hingegen glaubte und glaubt noch immer, vom Wähler ein Mandat für Reformen, Veränderungen und Umbauten am Steuer- wie Sozialsystem erhalten zu haben. Er drängt die zaudernde Kanzlerin, sie hingegen will die Liberalen „entzaubern“ und auf den Boden der Tatsachen holen, er sieht sich in der Pflicht, seine Wahlversprechen zu erfüllen, sie hat erkannt, dass eine Volkspartei mit allzu radikalen Reformen eine Wahl nicht gewinnen kann. So kommt in der Regierung nicht zusammen, was glaubte, zusammengehören. Es passt einfach nicht mehr.



Kirchlicher Sehtest.

Zeichnung: Jürgen Tomicek

„Nachteile überwiegen“

INTERVIEW Strafrechtler ist gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist

Die meisten Fälle sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche sind zivil- und strafrechtlich bereits verjährt. Die Täter können also nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Das empört vor allem Opfer. Aber auch Politiker fordern eine Verlängerung der Verjährungsfrist. Viele Bürger stellen sich grundsätzlich die Frage, warum es Verjährungsfristen gibt. Mit dem Tübinger Strafrechtsprofessor und Kriminologen Jörg Kinzig sprach Gernot Stegert.

Betroffene fordern eine Verlängerung der Verjährungsfrist von zehn Jahren ab dem 18. Lebensjahr. Sie auch?

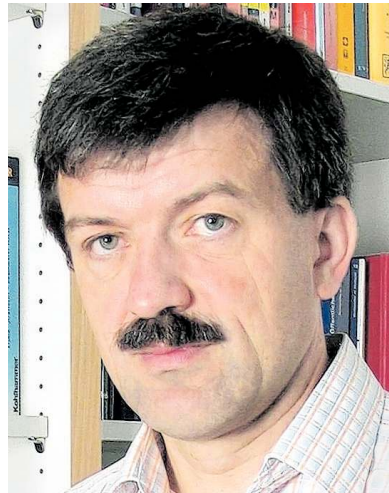
Jörg Kinzig: Zwar sind Sexualstraftaten verwerflich. Aber dennoch wäre ich da vorsichtig. Denn eine Verlängerung würde eine Ausnahme für eine spezielle Konstellation bedeuten. Grundsätzlich sind die Verjährungsfristen an die Strafanordnungen gekoppelt. Je schwerer die Straftat, desto länger die Verjährungsfrist. Bei sexuellem Missbrauch von Kindern drohen nach Paragraph 176 Strafgesetzbuch Strafen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Das liegt unter Delikten mit Gewalt. Vergewaltigung wird etwa mit ein bis 15 Jahren Haft bestraft.

Die Systematik bliebe erhalten, wenn das Strafmaß erhöht würde.

Kinzig: Ja, aber da wäre ich noch skeptischer. Die Forderung nach höheren Strafen ist recht einfach und wohlfeil, dürfte aber an den tatsächlichen Problemen nichts ändern. Ziel müsste doch eine bessere Prävention sein.

Schrecken höhere Strafen nicht ab?

Kinzig: Dafür liefert die kriminologische Forschung keine ausreichenden Belege.



Jörg Kinzig: Ausnahmen sollen das Strafrecht nicht schwächen. Foto: privat

Für eine längere Verjährungsfrist spricht aber, dass die Opfer oft erst nach mehr als zehn Jahren psychisch in der Lage sind, über den sexuellen Missbrauch zu reden.

Kinzig: Das will ich gerne einräumen. Doch scheinen mir die Nachteile bei einer Verlängerung der Verjährungsfrist zu überwiegen.

Warum müssen überhaupt Verjährungsfristen sein?

Kinzig: Sie dienen dem Rechtsfrieden.

Zur Person

Jörg Kinzig

Der 1962 in Mannheim geborene Jurist ist seit 2006 Professor für Strafrecht in Tübingen. Er gilt bundesweit als führender und in den Medien gefragter Experte zum Thema Sicherungsverwahrung. Überhaupt ist die Wirksamkeit von Strafen Schwerpunkt seiner Forschungen. Immer wieder ist Kinzig Sachverständiger vor dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages. red

den. Lange zurückliegende Sachen sollte man schon wegen der schwierigen Beweislage eher ruhen lassen. Dann sollen sie die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden beschleunigen. Aber selbstverständlich kann man über Verjährungsfristen auch diskutieren. In den 1960er Jahren gab es eine große Debatte über Mord. Der verjährt seitdem als einziges nicht mehr. Ansonsten ist die höchste Frist 30 Jahre bei Taten, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind. Und dann staffelt es sich bis zu drei Jahren.

Warum gibt es eigentlich die zehn Jahre ab dem 18. Lebensjahr?

Kinzig: Der Gesetzgeber hat seit den 1990er Jahren mehrfach die Verjährung im Sinne einer Sonderregelung hinausgeschoben, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass ein Opfer eine Anzeige häufig erst dann erstattet, wenn es nach seinem Alter und dem Ende familiärer Abhängigkeiten dazu in der Lage ist. Oft findet Missbrauch ja in der Familie statt.

Weiß man, ob eine längere Verjährungsfrist vielleicht sogar Schaden könnte? Jetzt räumen manche belastete Pater den Missbrauch immerhin ein. Das würden sie wohl kaum, wenn sie noch eine Strafe fürchten müssten.

Kinzig: Ja, da haben Sie Recht. Ein Strafverteidiger würde sicherlich raten, keine Aussage zu machen. Dann hätte das Opfer noch nicht einmal die Genugtuung der Anerkennung des Unrechts. Und das ist vielen Opfern wichtiger als eine Strafverfolgung.

Wird über die Verjährung in der Fachwelt diskutiert?

Kinzig: Nein, die ist derzeit kein besonderes Thema.

Pressestimmen

Zu den bekannt gewordenen Missbrauchsfällen meinen:

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Es wäre falsch, die sexuellen Verbrechen an Schutzbefohlenen zu einem alleinigen Problem der katholischen Kirche zu erklären, wie die jüngste Debatte fast vermuten lässt. Kindesmissbrauch ist vielmehr ein gesamtgesellschaftlicher Skandal, der zu oft ignoriert wurde und leider viele Torte kennt – wie die Umkleidekabine im Sportverein oder das Haus des Onkels. Das zeigt auch der neueste Fall in einem privaten Elite-Internat in Hessen. Wie konnte es geschehen, dass Täter in den 1980er-Jahren oft nicht vor Gericht gestellt, sondern bestenfalls versetzt wurden? Hat man klagende Opfer nicht ernst genommen?

Süddeutsche Zeitung

Die Kirche ist nicht wirklich bereit, Konsequenzen zu ziehen. Noch immer will sie lieber erst intern prüfen, ob ein Verdacht auf Missbrauch zutrifft. Noch immer will sie im Stillen entscheiden, ob man einen Verdacht an die Staatsanwaltschaft weiterleitet. Es gibt keine Anzeigepflicht für sexuellen Missbrauch, in der Kirche nicht und auch bei Jugendämtern nicht. Aber eine Schule oder eine Behörde, die es ernst meint mit der Fürsorge, schaltet frühzeitig die Staatsanwaltschaft ein. Zu oft noch legt die Kirche den Mantel gnädigen Schweigens über die Sünden. Aber: Sie darf nicht warten, bis sich ein Täter selbst anzeigt. Es geht nicht um den schönen Schein, es geht darum, dass nicht noch ein Kind missbraucht wird.

Abendzeitung

Offensichtlich besteht eine riesige Versuchung im Abhängigkeitsverhältnis, das minderjährige Schüler und Lehrer umgibt. Und es erliegen dieser Versuchung ganz offensichtlich nicht nur eheliche Priester, sondern auch weltliche Pädagogen, wie die unglaublichen Vorfälle an der Odenwaldschule zeigen.

Frankfurter Allgemeine

Es war schon so einfach, die Fälle als ein spezifisches Problem der katholischen Kirche zu begreifen. Es wäre nun auch zu einfach, in diesen Verbrechen an Schutzbefohlenen ein spezifisches Dekadenzsyndrom von Internaten, klosterähnlichen Gemeinschaften oder als Konstruktionsfehler bestimmter pädagogischer Konzepte zu sehen. Der Fall der Odenwaldschule zeigt indessen, dass diejenigen, die auf allgemeine gesellschaftspolitische Irrwege hingewiesen haben, um die Missbrauchsfälle der katholischen Kirche zu erklären, so falsch nicht lagen. Nur ein Beispiel: Sollte sich eine Gesellschaft über sich wundern, deren Politiker es nicht einmal fertigbringen, Kinderpornographie im Internet auszumerzen?

Spirale der Gewalt

Ein erneutes Massaker schockt Nigeria. Die Ursachen sind vielfältig. Hilfe kann nur von außen kommen.

Von Gernot Stegert

500 Menschen wurden in Nigeria über Nacht niedergemetzelt. Erschüttert fragt man sich: Warum? Eine einfache Antwort gibt es nicht, mehrere Gründe überlagern sich.

Da ist zunächst einmal die Religion. Die Opfer waren Christen, die Täter Muslime. Wie so oft: Weltweit wird keine Gruppe wegen ihres Glaubens zahlreicher verfolgt als Christen. Auch wenn das hierzulande viele Kirchenkritiker nicht so recht wahrhaben wollen. Vor allem in Asien und Afrika werden Muslime oft von radikalen Geldgebern aus dem Iran, aus Libyen oder den Golfstaaten gegen Christen aufgezetzt.

Auf der anderen Seite sind die Anhänger Jesu nicht nur Opfer, sondern schlagen auch zurück.

Dabei geht es nicht allein um Religion oder Rache, auch wirtschaftliche Machtinteressen sind Motiv – gerade im rohstoffreichen Nigeria. Ferner überlagert wie fast immer in Afrika altes Stammesdenken staatliche Strukturen, die nicht funktionieren. Einmal mehr hat die Armee versagt. Mitschuld trägt auch das unfähige Rechtssystem. So sind noch nicht einmal die Verantwortlichen für ein Massaker mit mehr als tausend Toten im Jahr 2001 angeklagt. Das schürt Hass und Selbstjustiz. Die Spirale der Gewalt kann offenbar nur von außen gestoppt werden. Die Afrikanische Union und die Vereinten Nationen sind gefragt.

SEITE 4

HEILBRONNER STIMME

Unabhängige Tageszeitung - 65. Jahrgang
Pflichtblatt der Baden-Würt. Wertpapierbörse zu Stuttgart
Herausgeber und Verlag Heilbronner Stimme GmbH & Co. KG
Geschäftsführer Tilmann Distelbarth - Bernd Herzberger

Chefredakteur Uwe Raif Heer
Stellvertreterin Iris Baars-Werner
Blattmacher vom Dienst Günter Drenowitzky, Gerhard Mayer (stv.)
Layout Michael Dauenhauer

Verantwortliche Redakteure
Politik, Wirtschaft, Blick in die Welt, Südwesten, Service
Siegfried Lambert, Bernd-Rainer Intemann (stv.), Jürgen
Strammer (stv.), Kultur, Freizeitstimme Andreas Sommer Sport
Lars Müller-Apenzeller (kommissarisch) Stadtkreis Heilbronn,
Wirtschaft Regional Iris Baars-Werner, Joachim Friedl (stv.)
Landkreis Heilbronn Reto Bosch, Herbert Kaletta (stv.)

Sonderveröffentlichungen Alexander Schnell Fotografie
Andreas Veigel Dokumentation Elke Tritschler-Uelzhofer

Hohenloher Zeitung Ralf Reichert
Kraichgau Stimme Peter Boxheimer
Redaktion Stuttgart Joachim Rüeck, Peter Reinhardt
Telefon (0711) 29 39 35

Redaktion Berlin Martin Ferber, Rudi Wais
Telefon (030) 22 62 02 04

Redaktion Brüssel Detlef Drewes Telefon (00322) 734 03 40

Korrespondenten in Washington, Paris, Warschau, Athen, Madrid, Rio de Janeiro, St. Petersburg, San Francisco

Anzeigen Martin Kühner (verantwortl.)
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 1. Oktober 2009
Auflage 17000-geführt

Internet www.stimme.de

HEILBRONNER STIMME
Postfach 2040 - 74010 Heilbronn / Allee 2 - 74072 Heilbronn
Telefon (0 71 31) 615-0 Telefax (0 71 31) 615-200
Service Center Anzeigenannahme (0 71 31) 615-600
Abobetreuung (0 71 31) 615-610 Leserservice (0 71 31) 615-620
E-Mail servicecenter@stimme.de / anzeigen@stimme.de /
redaktion@stimme.de

HOHENLOHER ZEITUNG
Geschäftsstelle Künzelsau - Postfach 1229 - 74652 Künzelsau
Konsul-Uebele-Straße 6 - 74653 Künzelsau
Telefon (0 79 40) 92 62-0 Telefax (0 79 40) 92 62-62
E-Mail anzeigen.kuen@stimme.de / redaktion.kuen@stimme.de
Geschäftsstelle Öhringen - Postfach 1380 - 74603 Öhringen
Bahnhofstraße 11 - 74613 Öhringen
Telefon (0 79 41) 91 61-0 Telefax (0 79 41) 91 61-61
E-Mail anzeigen.oehr@stimme.de / redaktion.oehr@stimme.de

KRAICHGAU STIMME
Geschäftsstelle Eppingen - Postfach 100270 - 75021 Eppingen
Mühlbacher Straße 10 - 75031 Eppingen
Telefon (0 72 62) 60 92-0 Telefax (0 72 62) 60 92-92
E-Mail anzeigen.kraichgau@stimme.de
redaktion.kraichgau@stimme.de

Für unverlangte Manuskripte und Fotos wird keine Gewährung übernommen. Rücksendungen erfolgen nur gegen Porto. Bezugspreis (monatlich im Voraus fällig) einschließlich Zustellgebühr und 7% Mehrwertsteuer 26,90 €, bei Postbezug im Inland 32,50 €. dienstags mit Fernseh-Illustrierte rvt. Abbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich im Verlag vorliegen. Bei einer zusammenhängenden Bezugsunterbrechung von mehr als sechs Liefertagen wird der Bezugspreis anteilig unter Abzug einer Bearbeitungspauschale von 1,28 € zurückrueckgestellt. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

Menschen haben Angst

Zur Hartz-IV-Debatte.

Leider geht niemand auf eine ganz wichtige Frage zu diesem Thema ein. Wo sind die Arbeitsplätze für die Menschen, die arbeiten wollen, aber auf keinen Fall Hartz IV? Wo sind die Arbeitsplätze für gerade Ausgelernte, die bei ihrem Ausbildungsbetrieb nicht übernommen werden, aber arbeiten wollen? Was sollen Menschen, egal ob alleinstehende oder verheiratete mit einem Job, der ihr Leben, wohlgeemert kein Luxusleben, nicht finanziert? Leider denken die Politiker, besonders Herr Westerwelle nicht an die, die zwar noch Arbeit haben, über denen aber tagtäglich die drohende Arbeitslosigkeit schwebt (z.B. wenn bei einer Bank. 6000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen). Diese Menschen haben nach solchen Äußerungen noch mehr

Leserstimmen

Angst vor der Arbeitslosigkeit und Hartz IV. Die haben ihr bisheriges Leben geplant und finanziert – ein Haus gebaut, ist vielleicht noch nicht ganz bezahlt, Kinder in Ausbildung, z.B. Studium, das alles kostet sehr viel Geld. Was denkt er, wie sich Arbeitnehmer fühlen, die immer fleißig und engagiert gearbeitet haben und dann trotzdem abgebaut werden? Die müssen dann die Fehler von anderen ausbaden, besonders die der zu hoch bezahlten Manager. Wo ist da die Gerechtigkeit? Herr Westerwelle lebt weit weg von der Realität.
Karin Hertner, Untergruppenbach

Diebesgut nicht kaufen

Zum Artikel „Sonderweg bei Steuer-sünder-Daten“.
Das Klientel-Gerede nervt langsam. Würden Sie von einem Dieb etwas kaufen? Da man weiß, dass

es sich um Diebesgut handelt, kann das nicht gut sein. komischerweise drückt sich sogar Herr Schäuble davor. Ich verstehe ein wenig, dass man seine Spargroschen ins Ausland gibt, weil hier davon immer wieder Steuern verlangt werden, selbst von den Renten. Nachdem wir aber durch Habgier in eine heftige Krise gekommen sind, sollten alle, die können, die Takt und Anstand haben, freiwillig den Unschuldigen herausschaffen.
Irma Fröhlich, Schießhof

Ein missbrauchtes Land

Zum Krieg in Afghanistan.
Es war nur eine kleine Meldung am Rande. Bei der letzten militärischen Offensive kamen erneut mal wieder 20 Zivilisten ums Leben. Ermordet – getötet. Weiter zum nächsten Tagespunkt. Die Kälte und Gleichgültigkeit über ein sol-

ches Ereignis zeigt, wie stumpf und abgebrüht das Gewissen vieler Menschen in unserem Lande schon ist. Afghanistan – ein missbrauchtes Land. Durch den CIA in den Krieg gegen die damalige UdSSR getrieben, ausgerüstet und ausgebildet zum Terror. Für ihre vermeintliche Freiheit in Afghanistan werden erneut Unschuldige getötet. Pardon, war ein Versehen. Familien ausgelöscht, der Zukunft beraubt. Entschuldigung, sind ja nur Kollateralschäden. Wahrscheinlich gar Moslems? Der eigene Zynismus kennt keine Grenzen. Menschenverachtend geht das Leben weiter. Einzig allein nur die Abgeordneten der Partei Die Linke standen auf und gedachten den unschuldigen Opfer des Massakers in Afghanistan. Eigentlich hätte sich der gesamte Bundestag erheben müssen.
Wilhelm Hötzl, Pfaffenhofen